



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 10.12.2012, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2012

Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten

Katholischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

den 16. Rüstungsexportbericht der GKKE stellen wir Ihnen in diesem Jahr vor, nachdem die Bundesregierung Mitte November ihren Bericht über Kriegswaffenexporte und Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte in 2011 veröffentlichte. Wir haben diese und andere öffentlich verfügbaren Informationen wie in jedem Jahr aus entwicklungspolitischer und ethischer Perspektive bewertet. Die GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte hat den Bericht mit ihrem neuen Vorsitzenden Jan Grebe vom Internationalen Konversionszentrum Bonn, BICC, erstellt.

Auch eine Woche nach dem heftigen Schlagabtausch zu deutschen Rüstungsexporten aufgrund des Artikels im SPIEGEL lohnt es sich, den Regierungsbericht „sine ira et studio“ anzuschauen.

Die Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte sind im Jahr 2011 ein weiteres Mal angestiegen auf 5,414 Milliarden Euro von 4,754 Milliarden in 2010. Den Rückgang bei den Kriegswaffenexporten, deren Wert von 2,1 Milliarden Euro in 2010 auf 1,2 Milliarden in 2011 gesunken ist, hat die Bundesregierung bei der Veröffentlichung ihres Berichtes in den Vordergrund gestellt. Das klingt erfreulich, aber bei deutschen Kriegswaffenausfuhren gab es auch in den zurückliegenden Jahren starke Schwankungen. Deshalb erwarten wir keinen anhaltend rückläufigen Trend.

Die Bedeutung von Drittstaaten, Staaten außerhalb von NATO und EU und diesen gleichgestellten Staaten, als Empfänger deutscher Rüstungsexporte nimmt weiter zu. Im Jahr 2011 gingen 42% aller Ausfuhrgenehmigungen an diese Staatengruppe. Auch die Kriegswaffenexporte in Drittländer sind im zweiten Jahr in Folge deutlich angestiegen. Von den Sammelausfuhrgenehmigungen, die in besorgniserregender Weise angestiegen sind, (Anstieg der um 630% gegenüber 2010, der nur teilweise auf die von der Bundesregierung erwähnte Umstellung der IT-Software zurückgeführt werden kann.) gingen 35 an Drittstaaten, obwohl diese grundsätzlich nur für Ausfuhren in NATO und der NATO-gleiche Länder erteilt werden. In der Praxis scheint aus der Ausnahme längst die Regel geworden zu sein.

21,2% der Einzelgenehmigungen gingen an Länder, die staatliche Entwicklungshilfe empfangen und gemäß der OECD-DAC-Liste als Entwicklungsländer klassifiziert sind. Wir haben uns als Kirchen immer gegen Liefergenehmigungen an Entwicklungsländer ausgesprochen. Mittel für Rüstung fehlen in den nationalen Budgets an anderer Stel-

le, wo sie für Gesundheit, Bildung oder ländliche Entwicklung dringend gebraucht werden.

2011 erhielten 64 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC als sehr bedenklich eingestuft wird, Rüstungsgüter aus Deutschland (2010: 48 Länder); in 39 Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter gab es interne Gewaltkonflikte (2010: 49 Länder). Zusätzlich besteht in neun Empfängerländern nach Berechnungen des BICC eine erhöhte Gefahr, dass unverhältnismäßig hohe Rüstungsausgaben die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Zu diesen Staaten gehören unter anderen Angola, Kamerun, Kasachstan, Mosambik und Nigeria.

Insgesamt vermittelt der Bericht mit Blick auf die deutschen Rüstungsausfuhren den Eindruck einer Genehmigungspraxis, die sich nicht an die eigenen restriktiven Maßstäbe hält und die Einhaltung der Menschenrechte immer wieder anderen Interessen unterordnet - im Gegensatz zu den ausdrücklichen Erklärungen der Bundesregierung. Diesen Widerspruch gilt es, gerade heute am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, kritisch zu konstatieren.

Extrem hoch ist der Anstieg bei den Hermes-Krediten, Ausfallbürgschaften, mit denen der Staat 2011 vier Rüstungsgeschäfte in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abgesichert hat. Der Löwenanteil entfällt mit 2,4 Milliarden für Lieferungen von sechs kostspieligen U-Boot-Materialpaketen an die Türkei. Der Wert ist um 8.000% gegenüber 32 Millionen Euro in 2010 gestiegen.

Wir haben uns als GKKE immer dagegen gewehrt, das Geschäftsrisiko von Rüstungsexporteurern auf die Schultern der Steuerzahler zu verlegen: keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungs- und Kriegswaffenexporte! Dafür plädieren wir nun schon seit Jahren – leider ohne Erfolg.